

**Antrag auf Gewährung von Zuschüssen für
Barrierefreiheit im Wohnungsbestand in Hamburg,
Antrag für Mietwohngebäude**

Antrags-Nr.:	
Eingangsvermerk IFB:	Bewilligung nach FR:

E	Förderrichtlinie Barrierefreier Umbau
	<p>Schaffung von barrierefreien Wohnungen im Wohnungsbestand [§]</p> <p><input type="radio"/> a) Förderung mit Mietpreis- und Belegungsbindung</p> <p><input type="radio"/> b) Förderung mit Mietpreisbindung bei halbiertes Zuschusshöhe</p> <p>Mir/Uns ist bekannt, dass die Förderung als De-minimis-Förderung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU auf De-minimis-Beihilfen, Amtsblatt der EU Nr. L 352/1-8 vom 24.12.2013, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 02.07.2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 hinsichtlich ihrer Verlängerung und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 hinsichtlich ihrer Verlängerung und relevanter Anpassungen, Amtsblatt der EU Nr. L 215/3 vom 07.07.2020 ergeht. Von der Förderung sind daher Unternehmen bzw. Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Abs. 1 De-minimis-Verordnung ausgeschlossen.</p>

Förderungen aus anderen Programmen [§]	Gemäß der Förderrichtlinie kann die Förderung unter Beachtung des EU-Beihilferechts ggf. mit anderen Fördermitteln kombiniert werden. Für diese weiteren Fördermittel ist jeweils ein eigener Antrag bei der zuständigen Stelle zu einzureichen.		
	<p>Es wird bestätigt, für dieselben förderfähigen Kosten keine weiteren Beihilfen im Sinne des EU-Beihilferechts für dieses Investitionsvorhaben beantragt oder erhalten zu haben, oder noch zu beantragen.</p> <p><input type="radio"/> Andernfalls wird der Antragsteller dies der IFB unverzüglich mitteilen. Die Zuwendung ist zurückzuzahlen, soweit die Zuwendung sich auf Investitionen bezieht, die vollständig oder teilweise unzulässig durch die anderen Beihilfen gefördert werden.</p>		
	<p>Es wird bestätigt, für dieselben förderfähigen Kosten folgende weiteren Beihilfen im Sinne des EU-Beihilferechts für dieses Investitionsvorhaben beantragt oder erhalten zu haben. Dieses gilt gleichermaßen für die beabsichtigte Antragstellung von Beihilfen ggf. auch nach Abschluss der Maßnahme.</p> <p><input type="radio"/></p>		
	Fördergeber	Förderprogramm/Nr.	Zuschuss/Darlehen
	Förderhöhe in EUR		
<input type="radio"/> IFB Hamburg	_____	_____	_____
<input type="radio"/> IFB-Ergänzungsdarlehen	_____	_____	_____
<input type="radio"/> KfW	_____	über IFB <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	_____
<input type="radio"/> Sonstige	_____	_____	_____

Antragsteller (Grundeigentümer/ Erbbauberechtigter) [§]	Name		
	Straße und Hausnummer		E-Mail
	Postleitzahl	Ort	Telefon
	Fax		
	Unternehmen / juristische Personen:		
	Steuernummer (13-stelliges ELSTER-Format):		
	Wirtschaftsidentifikationsnummer (sofern vorhanden):*		
	Privatpersonen:		
	Steuerliche Identifikationsnummer:**		
	* Sollten Sie eine betriebliche Steuernummer und gleichzeitig eine Wirtschaftsidentifikationsnummer besitzen, geben Sie bitte vorrangig die Wirtschaftsidentifikationsnummer an.		
**Bitte nennen Sie die steuerliche Identifikationsnummer für alle Antragsteller (i. d. R. alle im Grundbuch genannten Eigentümer)			
Der Antragsteller handelt im Rahmen einer			
01: gewerblichen,	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
02: freiberuflichen oder	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
03: land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
04: oder in keiner dieser Tätigkeiten	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Die Tätigkeit wird in den Fällen 01 bis 03 (04 nicht relevant)			
01 hauptberuflich	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
02 nebenberuflich	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
ausgeübt.			

Bevollmächtigter (Bitte fügen Sie dem Antrag die Vollmacht bei) [\$]	Name			
	Straße und Hausnummer		E-Mail	
	Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Bankverbindung [\$]	Ich / Wir bitte(n) um Freigabe der Schlussrate aus dem Baudarlehen sowie der bewilligten Baukostenzuschüsse auf folgende Bankverbindung:			
	IBAN			
	D	E		
Es handelt sich um ein: <input type="checkbox"/> Geschäftskonto <input type="checkbox"/> Privatkonto				

Förderobjekt [\$]	Straße und Hausnummer		Baujahr
	Ortsteil		Postleitzahl
	Grundbuch von		Blatt Nr.

Architekt, Entwurfsverfasser [\$]	Name			
	Straße und Hausnummer		E-Mail	
	Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Mod E	Barrierefreier Wohnraum (zusätzlich bitte Anlage I ausfüllen)				
Objekt [\$]	Gesamtanzahl der Wohneinheiten	Anzahl betroffene Wohneinheiten:	Wohnfläche (m ²) der betroffenen WE:	Lage im Stockwerk	Ø Monatsmiete netto-kalt pro m ²
	Wurde das Objekt bereits früher mit Mitteln der WK/IFB gefördert? <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein		WK/IFB-Nummer alt:	Besteht hieraus noch eine Bindung? <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	
Bauzeit [\$]	Geplanter Baubeginn (Monat/Jahr)		geplanter Bauabschluss (Monat/Jahr)		

Erforderliche Anlagen zu diesem Antrag [\$]	Erforderliche Anlagen (fettgedruckte Anlagen bitte auf Vordruck der IFB)	beigefügt
	- beantragte Maßnahmen auf programmspezifischer Anlage	<input type="radio"/>
	- Amtlicher Lageplan	<input type="radio"/>
	- Legitimationsnachweis des Investors	<input type="radio"/>
	- Anlage Vollmacht bei Beauftragung Dritter	<input type="radio"/>
	- Anlage Erklärung über das Vorliegen der Mieterzustimmung	<input type="radio"/>
	- vollständiger, aktueller Grundbuchauszug (nicht älter als 1 Jahr)	<input type="radio"/>
	- Baubeschreibung, bzw. Erläuterung des bestehenden Umbaubedarfs	<input type="radio"/>
	- Objektbeschreibung (Baujahr, Nutzung, Anzahl Wohnungen, Wohnfläche)	<input type="radio"/>
	- Fotos der betroffenen Wohnung und/oder Gebäudes und Gebäudezugangs	<input type="radio"/>
- Vermaßte Pläne mit Kennzeichnung des bestehenden und geplanten Zustandes	<input type="radio"/>	
- Planzeichnungen (Grundriss, Ansicht, Schnitt) bei umfangreichen Maßnahmen	<input type="radio"/>	
- Nachweis der Schwerbehinderung, Eingruppierung in eine Pflegestufe oder ggf. ärztliches Attest	<input type="radio"/>	
- Kopie Zuwendungsbescheid der Pflegekasse	<input type="radio"/>	
- detaillierter Kostenvoranschlag bzw. Angebote für alle Gewerke	<input type="radio"/>	
- Anlage Kostenzusammenstellung	<input type="radio"/>	
Option b) Mietpreisbindung bei preisgeb. Wohnraum [\$]	- Formblatt De-minimis-Erklärung des Antragstellers	<input type="radio"/>
	- Anlage Wohnungsliste	<input type="radio"/>

**Erklärungen
zum
Antrag**

1	<p>Ich erkläre / Wir erklären, dass der Förderantrag gestellt wird als [§]</p> <p><input type="radio"/> Privatperson <input type="radio"/> Unternehmen, Freiberufler/in, Selbständige/r</p> <p><input type="radio"/> als Selbstnutzer, weiter mit 4 <input type="radio"/> ja dass ich/wir vorsteuerabzugsberechtigt bin/sind</p> <p><input type="radio"/> als Vermieter <input type="radio"/> nein</p>
2	Ich / Wir erkläre(n), dass es sich bei dem Antragsteller nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten ¹ handelt. [§]
3	Ebenso erkläre(n) ich/ wir, keiner Rückforderungsanordnung auf Grund einer früheren Entscheidung der EU-Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet zu haben. ² [§]
4	Ich / Wir erkläre(n), dass ich / wir das Vorhaben nur mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss umsetze(n), [§]
5	Ich versichere / Wir versichern, jetzt und zukünftig nur in eigenem Namen und für eigene Rechnung und nicht für Rechnung eines Dritten - insbesondere durch Treuhandauftrag oder eine ähnliche Vereinbarung - zu handeln. [§]
6	Ich / Wir erkläre(n), dass uns die für die Beantragung der Fördermittel maßgebliche Förderrichtlinie vorliegt und deren Inhalte und Bedingungen bekannt sind.
7	<p>Mir / Uns ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - jeweils die zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Förderungsgrundsätze angewendet werden. - mündlich erteilte Auskünfte und Ratschläge durch Mitarbeiter/innen der IFB unverbindlich gelten. - nach Zusage der Fördermittel (auch bei Antragsrücknahme) ggf. eine Verwaltungsgebühr zu zahlen ist.
8	<p>Bei Ausweiskopien sind Schwärzungen von personenbezogenen Daten grundsätzlich zulässig, soweit sie nicht zur eindeutigen Identifizierung Ihrer Person erforderlich sind.</p> <p><u>Nicht</u> geschwärzt werden dürfen Angaben über Namen, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Lichtbild und Gültigkeitsdauer.</p> <p>Weitere Informationen zu unserem Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten finden Sie in unseren Hinweisen zum Datenschutz.</p>
9	<p>Subventionserhebliche Tatsachen</p> <p>Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir alle Angaben und Erklärungen nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe/n und Änderungen oder Ergänzungen der IFB Hamburg unverzüglich mitteilen werde/n. Unrichtige oder unvollständige Angaben und Erklärungen zu subventionserheblichen Tatsachen für Unternehmen oder für Leistungen aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Union (EU) können nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB), Subventionsbetrug, strafbar sein. Ich bestätige/Wir bestätigen, dass uns dieses bekannt ist.</p> <p>In diesem Antrag mit [§] gekennzeichnete Angaben und Erklärungen sind subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 264 StGB. Subventionserheblich sind auch solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Subvention (§ 4 Subventionsgesetz (SubvG) i.V.m. § 1 Hamburgisches Subventionsgesetz (HmbSubvG)). Jede Abweichung von den vorstehenden als subventionserheblich bezeichneten Angaben und Erklärungen ist der IFB Hamburg unverzüglich gemäß §§ 3 und 4 SubvG in Verbindung mit § 1 HmbSubvG mitzuteilen.</p>
10	Der Antragsteller wird auf die als Anlage beigefügte Information zum Datenschutz hingewiesen.
11	Mir ist bekannt, dass eine Förderung ausgeschlossen ist, wenn Maßnahmen ohne Zustimmung der IFB begonnen wurden. Dabei gilt als Beginn bereits die Auftragserteilung. [§]
<input type="checkbox"/> Hiermit wird bestätigt, dass für die beantragte Maßnahme kein Ausschlussgrund gemäß der Environmental, Social, Governance (ESG)-Ausschlussliste der IFB Hamburg vorliegt.	
Ort, Datum	Unterschrift der/des Antragsteller/s

¹ Gemäß Definition AGVO Art. 2, Nr. 18 VO (EU) Nr. 651/2014 (ABl. L 187 vom 26.06.2014, S.1), in der jeweils gültigen Fassung

² Vgl. AGVO Art. 1, Abs. 4 VO (EU) Nr. 651/2014 (ABl. L 187 vom 26.06.2014, S.1), in der jeweils gültigen Fassung

Anlage I zum Förderantrag auf Gewährung von Zuschüssen für **Antrags-Nr.:**
(E) **Barrierefreiheit im Wohnungsbestand in Hamburg**

- bei Antragstellung einzureichen -

Förderobjekt [€]	Anzahl Wohneinheiten [€]
Antragsteller (Grundeigentümer / Erbbauberechtigter) [€]	Wfl. nach Mod. lt. WoFIV [€]

	Definition der Maßnahmenmodule und Mindestanforderungen [€]	Anzahl [€]	
1	<input type="radio"/> a. Errichtung einer Rollstuhlgarage im Außenbereich; incl. Zuwegung und Stromanschluss	Wohnung	<input type="text"/>
	<input type="radio"/> b. Errichtung einer Stellplatzes für ein Senioren-E-Mobil; incl. Zuwegung und Stromanschluss	Wohnung	<input type="text"/>
2	Installation einer bedarfsgerechten Lifform (Treppenlift, Hebebühne) zur Überwindung von Eingangsstufen im Außenbereich		
	<input type="radio"/> Höhe < 100 cm	Eingang	<input type="text"/>
	<input type="radio"/> Höhe ≥ 100 cm	Eingang	<input type="text"/>
	<input type="radio"/> ggf. erforderliche Tür an oberer Haltestelle	Eingang	<input type="text"/>
	<input type="radio"/> Treppenlift mit Plattform	Eingang	<input type="text"/>
3	Herstellen einer Rampe als Zuwegung zum Hauseingang : Rampeneignungen entsprechend Bauprüfdienst 2/2004; ansonsten Ausführung mit Geländer und/oder Radabweisern.		
	<input type="radio"/> 1. Stufe (bis zu 20 cm Höhendifferenz)		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> 2. Stufe (bis zu 40 cm Höhendifferenz) zusätzlich		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> jede weitere Stufe in 20 cm Schritten zusätzlich		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> Überwindung geringer Höhenunterschiede mit einer mobilen Rampe bzw. durch Bodenanpassung		<input type="text"/>
4	<input type="radio"/> Errichtung eines Witterungsschutzes / einer Überdachung für einen zur Wohnung gehörigen PKW-Stellplatz im Außenbereich ; der überdachte Stellplatz muss dem Nutzer der geförderten Wohnung zur Verfügung stehen; nur für Haushalte mit mindestens einem Rollstuhlbenutzer!	Wohnung	<input type="text"/>
5	<input type="radio"/> Herrichten eines Stromanschlusses für einen zur Wohnung gehörigen PKW-Stellplatz im Außenbereich ; der mit Stromanschluß ausgestattete Stellplatz muss dem Nutzer der geförderten Wohnung zur Verfügung stehen; nur für Haushalte mit mindestens einem Rollstuhlbenutzer!	Wohnung	<input type="text"/>
6	<input type="radio"/> Austausch einer vorhandenen Terrassentür im Zuge der Verlegung des Wohnungseingangs ; Anforderungen an Einbruchssicherheit und Bedienbarkeit (Griff von Außen) sind zu beachten; Einschließlich Höhenanpassung von Terrasse	Wohnung	<input type="text"/>
7	<input type="radio"/> Nachträglicher Einbau einer Türöffner-, Gegensprechanlage mit bedarfsgerechten Bedienungsvorrichtungen	Wohnung	<input type="text"/>
8	<input type="radio"/> Nachrüstung einer HE- und/oder WE-Tür mit einem elektrischen Drehtürantrieb; einschließlic Fernbedienung, Taster und sonstigen Bedieneinrichtungen	Tür	<input type="text"/>
9	Installation eines bedarfsgerechten Treppenlifts im Innenbereich des Gebäudes		
	<input type="radio"/> für ein Geschoss mit Sitz für eine gerade Treppe		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> für ein Geschoss mit Sitz für eine gewendelte Treppe		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> für jedes weitere Geschoss bei gerader Treppe		<input type="text"/>
	<input type="radio"/> für jedes weitere Geschoss bei gewendelter Treppe		<input type="text"/>

Zugang zum Gebäude und Außenanlagen

Haus-/Wohnungseingang

- bei Antragstellung einzureichen -

	Definition der Maßnahmenmodule und Mindestanforderungen [§]	Anzahl [§]		
10	Türverbreiterung im Innenraum; Mindestbreite für alle Türen einer rollstuhlgerechten Wohnung: 90 cm; Mindestbreite für Innentüren einer barrierefreien / altengerechten Wohnung: 80 cm; Türen dürfen nicht in den Sanitärraum schlagen		Zugang zu einzelnen Räumen	
	mit Einbau einer Drehflügel tür			
	mit Einbau einer Schiebetür			
	mit Einbau einer Spezial-Raumspartür bei besonders schwierigen Raumverhältnissen			
11	Austausch oder Anpassung der vorhandenen Balkon-/ Terrassentür .	Wohnung		
12	Höhenanpassung eines Balkons an die Fußbodenebene der Wohnung (z.B. mittels Gräting); maximal förderfähige Balkonfläche: 5 m ² , einschließlich Geländeanpassung	Wohnung		
13	Herrichten eines Bads mit höhenangepasstem WC, Waschtisch mit Beinfreiheit und UP- oder Flach-AP-Siphon, rutschfestem Bodenbelag inkl. Maler-, Fliesen-, Elektro- und Heizungsarbeiten		Bad	
	a. barriere reduziert mit Duschbereich (Grundfläche mind. 1,0 m ² und Duschtasse max. 5 cm Aufbauhöhe),	Wohnung		
	b. barrierefrei mit schwellenlos begehbarem Duschbereich (Grundfläche mind. 1,2 m ² und Mindestbreite 90 cm)	Wohnung		
14	Herrichten eines rollstuhlgerechten Bades mit rollstuhlbefahrbarem Duschbereich, behindertengerechtem WC mit Stützgriffen, flachem und unterfahrbarem Waschtisch, rutschfestem Bodenbelag, einschließlich Maler-, Fliesen-, Elektro- und Heizungsarbeiten	Wohnung		
15	Herrichten einer barrierefreien Küche mit ergonomisch eingebauten Elektrogeräten, Sitzarbeitsplatz mit Steckdose, Unterschränken mit Auszügen, Griffverlängerungen, rutschfestem Bodenbelag, einschl. Maler-, Fliesen-, Elektro- und Heizungsarbeiten	Wohnung	Küche	
16	Herrichten einer rollstuhlgerechten Küche mit: uneingeschränkter Unterfahrbarkeit von Herd, Arbeitsplatte und Spüle, Spüle mit UP- oder Flach-AP-Syphon; rutschfestem Bodenbelag, einschließlich Maler-, Fliesen-, Elektro- und Heizungsarbeiten	Wohnung		
17	Bodenbeläge mit folgenden Eigenschaften: reflexionsarm, rutschhemmend, fest verlegt, nicht elektrostatisch aufladbar; für rollstuhlgerechte Wohnungen zusätzlich: rollstuhlgeeignet; förderfähig sind nur die Bodenflächen in Flur und Wohnräumen; Maximal förderfähige Fläche pro Wohnung 25 m²	m ²	Fußboden	
18	Die Vorbereitung einer Wohnung auf spätere Ausstattung mit Ambient-Assisted-Living (AAL)-Technologien als Ergänzung bei barrierefreien Wohnungen.	Wohnung	Grundriss-änderung	
19	Pauschale für erforderliche Grundrissänderung mit geringem Aufwand , Aufwand (z.B. Versetzen einer nicht tragenden Wand einschließlich der Verlegung von Leitungen)	Wohnung		
	mit hohem Aufwand , (z.B. Versetzen einer massiven Wand einschließlich der Verlegung von Leitungen und/oder Türen	Wohnung		
20	Für Maßnahmen, die mit nachgewiesenem erhöhten Aufwand durch erforderliche Folgemaßnahmen verbunden sind.	Wohnung		

* Bei der Förderung nach 3. b) mit Mietpreisbindung reduzieren sich die angegebenen Zuschusshöhen der einzelnen Förderbausteine um 50%.

Nach Bauabschluss sind der IFB die Rechnungsbelege, mit Ausweisung des Rechnungsbetrags für jedes der geförderten Maßnahmenmodule, vorzulegen. Der Abschluss der Maßnahme ist mit aussagekräftigen Fotos bei Abrechnung zu dokumentieren.

Info

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragsteller/s

> UNSER UMGANG MIT IHREN DATEN & IHRE RECHTE

INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14 UND 21 DER DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

Wir respektieren und schützen Ihre Privatsphäre, ganz egal ob Sie Interessent, Kunde oder Besucher unserer Webseite sind. Was bedeutet das konkret, wenn es um Ihre personenbezogenen Daten geht?

Mit unserer Datenschutzerklärung informieren wir Sie im Folgenden über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Hamburgische Investitions- und Förderbank, Anstalt des öffentlichen Rechts (im Folgenden: IFB Hamburg), und über die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Förderungen bzw. nach den mit Ihnen vereinbarten Verträgen und Dienstleistungen.

1. WER IST FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICH, UND AN WEN KÖNNEN SIE SICH WENDEN?

Verantwortliche Stelle ist:

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Anstalt des öffentlichen Rechts
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
Telefon: 040 / 248 46-0
Fax: 040 / 248 46 56-432
E-Mail: info@ifbhh.de

**Sie erreichen unseren betrieblichen
Datenschutzbeauftragten unter:**

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Datenschutzbeauftragter
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ifbhh.de

2. FÜR WEN GILT DIESE DATENSCHUTZERKLÄRUNG?

Wenn wir personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das im Klartext, dass wir diese z. B. erheben, speichern, nutzen, übermitteln oder löschen. In dieser Datenschutzerklärung geht es dabei um personenbezogene Daten von

- Interessenten, Antragstellern und Kunden der IFB Hamburg, die natürliche Personen sind,
- allen anderen natürlichen Personen, die in Kontakt mit unserer Bank stehen, z. B. Bevollmächtigte, Erziehungsberechtigte, Boten sowie Vertreter oder Mitarbeiter juristischer Personen, aber auch Besucher unserer Internetangebote,
- wirtschaftlich Berechtigten unserer Kunden (hier müssen wir unseren Prüfungspflichten, z. B. nach dem Geldwäschegesetz, nachkommen).

3. WELCHE QUELLEN UND DATEN NUTZEN WIR?

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie sich per E-Mail, Telefon oder über unsere Internetangebote an uns wenden, Anträge einreichen, sich für unseren Newsletter registrieren oder wenn Sie im Rahmen bestehender Geschäftsbeziehungen unsere Produkte und Dienstleistungen nutzen.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen einer Beratung sowie von Antragsverfahren für Förderungen, die in der Zuständigkeit der IFB Hamburg liegen, sowie im Rahmen unserer Vertrags- und Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Kreditinstituten (z. B. bei Kooperationsdarlehen), Behörden oder von sonstigen Dritten (z. B. der Schufa) zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Förderaufgaben oder Verträgen, auf gesetzlicher Grundlage oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben. Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse und Medien) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Folgende persönliche Daten verarbeiten wir:

• Relevante personenbezogene Identifikationsangaben

z. B. Vor- und Nachname, Adresse und andere Kontaktdaten wie E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Geburtstag und -ort und Staatsangehörigkeit, Legitimationsdaten (z. B. Personalausweis-/Reisepass- und Steueridentifikationsnummer) und Authentifikationsdaten (z. B. Unterschriftprobe)

• Auftrags- und Umsatzdaten

z. B. Hausbank, IBAN (Zahlungsauftrag), Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Umsatzdaten im Zahlungsverkehr)

• Informationen über Ihre finanzielle Situation

z. B. Einkommensarten und -höhe, Bonitätsdaten, Scoring-/Ratingdaten, Wert Ihrer Immobilie bzw. Ihrer sonstigen Vermögensgegenstände, Herkunft von Vermögenswerten, Einträge in Auskunfteien, Gehaltsabrechnungen, Zahlungsverzug

• Soziodemografische Angaben

z. B. Familienstand und Familiensituation, Zahl der Haushaltsangehörigen und Gesamteinkommen

• Angaben zu Ihren Interessen und Wünschen, die Sie uns mitteilen

z. B. über unseren Kundendialog oder unsere Internetangebote, Werbe- und Vertriebsdaten, Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokoll), Registerdaten

• Daten zu Ihrem Online-Verhalten und Ihren -Präferenzen

z. B. Daten über Ihre Nutzung der von uns angebotenen Telemedien (z. B. Zeitpunkt des Aufrufs unserer Webseiten, Apps oder Newsletter, angeklickte Seiten von uns bzw. Einträge)

Sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

3.1. Sensible Daten

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „sensible Daten“, z. B. Informationen zu Ihrer Gesundheit (z. B. Schwerbehinderung), erheben wir, wenn dies für die Durchführung der Fördermaßnahme erforderlich ist.

Personenbezogene Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft, zu politischen Meinungen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, genetische Daten oder biometrische Daten zur Identifizierung einer Person und Angaben zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung werden von uns grundsätzlich nicht verarbeitet, es sei denn, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet oder dies ist im Rahmen der von uns angebotenen Förderungen, Produkte und Dienstleistungen erforderlich.

3.2. Daten von Minderjährigen/Kindern

Angaben zu Minderjährigen oder Kindern erheben wir nur dann, wenn diese für die Erfüllung eines Vertrages erforderlich sind.

4. WOFÜR VERARBEITEN WIR IHRE DATEN UND AUF WELCHER RECHTSGRUNDLAGE?

Wir nutzen Ihre Daten, damit Sie unsere Förderungen in Anspruch nehmen sowie unsere Produkte und Dienstleistungen nutzen können. Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO und des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG).

4.1. Zur Wahrnehmung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben (Förderaufgaben) und zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1e und 1b DS-GVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erfüllung der im Gesetz über die Hamburgische Investitions- und Förderbank niedergelegten Förderaufgaben, Fördermaßnahmen und Finanzierungen (z. B. in den Bereichen Wohnungsbau-, Wirtschafts- oder Innovationsförderung), zur Erbringung von Darlehens- und sonstigen Bankgeschäften (z. B. Zuschüsse), sonstigen Finanzdienstleistungen (z. B. Bürgschaften), insbesondere zur Durchführung unserer Verträge oder vorvertraglicher Maßnahmen mit Ihnen und zur Ausführung Ihrer Aufträge sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituts erforderlichen Tätigkeiten.

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach der konkreten Förderaufgabe (z. B. Wohnungsbaufinanzierung) bzw. nach dem konkreten Produkt (z. B. Darlehen, Zuschuss, Bürgschaft, Gewährung einer Sicherheit, Treuhand- und Verwaltungsgeschäfte, sonstige Kredite) und können unter anderem Bedarfsanalysen, Beratung, Fördergeschäft, Rechnungswesen, Meldewesen, Risikosteuerung, Reporting, Marketing/Kommunikation und Sicherheiten sowie die Durchführung von Transaktionen umfassen.

Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können Sie den jeweiligen Förderrichtlinien, Förderbescheiden, Vertragsunterlagen und unseren Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) entnehmen.

4.2. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1f DS-GVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten.

Beispiele:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. Schufa) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken
- Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse und direkten Kundenansprache
- Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit Sie der Nutzung Ihrer Daten nicht widersprochen haben
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der Bank
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts (z. B. Videoüberwachungen)
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten

4.3. Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1a DS-GVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke, z. B. zukünftige Informationen über weitere Förderangebote, Weitergabe von Daten an Dritte (z. B. Kooperations- und Konsortialpartner), Erhebung von Daten für Marketingzwecke, Bestellung des Newsletters, erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die – wie beispielsweise die Schufa-Klausel – vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

4.4. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1c DS-GVO)

Zudem unterliegen wir als öffentliche Förderbank diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Gesetz über die Hamburgische Investitions- und Förderbank, Hamburgisches Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsgesetz, Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze), sowie behördlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, die Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken.

5. WER BEKOMMT IHRE DATEN?

Innerhalb der Förderbank erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der im Gesetz niedergelegten Förderaufgaben sowie der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten, wenn diese Auftragsverarbeiter das Bankgeheimnis und den Datenschutz wahren. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, Innovationsförderung, IT-Dienstleistungen, Druckdienstleistungen, Telekommunikation, Statistik, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Förderbank ist zunächst zu beachten, dass wir zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen (Bankgeheimnis). Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Bankauskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. hamburgische Behörden, Bundes- oder Europabehörden, Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, Europäische Zentralbank, Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds, Finanzbehörden; Strafverfolgungsbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen oder behördlichen Verpflichtung.
- Andere Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute oder vergleichbare Einrichtungen, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln (je nach Vertrag: z. B. KfW, Kooperations- und Korrespondenzbanken, Auskunfteien).

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns vom Bankgeheimnis gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

6. WIE LANGE WERDEN IHRE DATEN GESPEICHERT?

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst. Dabei ist zu beachten, dass unsere Geschäftsbeziehung ein Dauerschuldverhältnis ist, das auf Jahre angelegt ist.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, dem Kreditwesengesetz, dem Geldwäschegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre nach dem Ende der Vertragsbeziehung bzw. nach dem Ende öffentlich-rechtlicher Bindungen.

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu 30 Jahre betragen können.

7. WERDEN DATEN IN EIN DRITTLAND ODER AN EINE INTERNATIONALE ORGANISATION ÜBERMITTELT?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungsaufträge) erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben. Über Einzelheiten werden wir Sie, sofern gesetzlich vorgegeben, gesondert informieren.

8. WELCHE DATENSCHUTZRECHTE HABEN SIE?

8.1. Ihr Recht auf Auskunft, Information (nach Art. 15 DS-GVO) und Berichtigung (nach Art. 16 DS-GVO)

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sollten Ihre Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen. Wenn wir Ihre Angaben an Dritte weitergegeben haben, informieren wir diese Dritten über Ihre Berichtigung – sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

8.2. Ihr Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (nach Art. 17 DS-GVO)

Aus folgenden Gründen können Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen:

- wenn Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht länger benötigt werden und keine Aufbewahrungspflichten mehr bestehen
- wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen und es an einer anderweitigen Rechtsgrundlage fehlt
- wenn Sie der Verarbeitung widersprechen und es keine überwiegenden schutzwürdigen Gründe für eine Verarbeitung gibt
- wenn Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden
- wenn Ihre personenbezogenen Daten gelöscht werden müssen, um gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen

Bitte beachten Sie, dass ein Anspruch auf Löschung davon abhängt, ob ein legitimer Grund vorliegt, der die Verarbeitung der Daten erforderlich macht.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten ggf. Einschränkungen nach dem HmbDSG.

8.3. Ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (nach Art. 18 DS-GVO)

Sie haben das Recht, aus einem der folgenden Gründe eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen:

- wenn die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird und wir die Möglichkeit hatten, die Richtigkeit zu überprüfen
- wenn die Verarbeitung nicht rechtmäßig erfolgt und Sie statt der Löschung eine Einschränkung der Nutzung verlangen
- wenn wir Ihre Daten nicht mehr für die Zwecke der Verarbeitung benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung gegen Rechtsansprüche brauchen
- wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, solange noch nicht feststeht, ob Ihre Interessen überwiegen

8.4. Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit (nach Art. 20 DS-GVO)

Sie haben das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns im Rahmen einer Einwilligung oder zur Erfüllung eines Vertrags gegeben haben, in einem übertragbaren Format zu erhalten.

8.5. Ihr Beschwerderecht (nach Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 19 HmbDSG)

Sollten Sie nicht zufrieden mit unserer Antwort auf Ihr Anliegen sind, dann sind Sie berechtigt, beim Datenschutzbeauftragten der IFB Hamburg sowie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einzureichen.

9. BESTEHT FÜR SIE EINE PFLICHT ZUR BEREITSTELLUNG VON DATEN?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Wohnanschrift zu erheben. Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns nach dem Geldwäschegesetz die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen. Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

10. INWIEWEIT GIBT ES EINE AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IM EINZELFALL?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

11. INWIEWEIT WERDEN IHRE DATEN FÜR DIE PROFILBILDUNG (PROFILING) GENUTZT?

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Wir setzen Profiling beispielsweise in folgenden Fällen ein:

- Aufgrund gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben sind wir zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und vermögensgefährdenden Straftaten verpflichtet. Dabei wer-

den auch Datenauswertungen (u. a. im Zahlungsverkehr) vorgenommen. Diese Maßnahmen dienen zugleich Ihrem Schutz.

- Um Sie zielgerichtet über Produkte informieren und beraten zu können, setzen wir Auswertungsinstrumente ein. Diese ermöglichen eine bedarfsgerechte Kommunikation und Werbung einschließlich Markt- und Meinungsforschung.
- Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir das sog. Scoring. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielsweise Einkommensverhältnisse, Ausgaben, bestehende Verbindlichkeiten, Beruf, Arbeitgeber, Beschäftigungsdauer, Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Das Scoring beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein.

INFORMATION ÜBER IHR WIDERSPRUCHSRECHT nach Art. 21 DS-GVO

1. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1e DS-GVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben) und Art. 6 Abs. 1f DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO, das wir zur Bonitätsbewertung oder für Werbezwecke einsetzen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

2. In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Direktwerbung zu betreiben. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte gerichtet werden an

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Datenschutzbeauftragter
Besenbinderhof 31 · 20097 Hamburg
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ifbhh.de